

Kein grünes Licht für Sanierungen

Rektoren sehen Geld bewilligt, Bauausschuss will davon nichts wissen

Von Anja Petersen

Lunden – Für Verwunderung hat während der Sitzung des Amts-Bauausschuss gesorgt, dass die geplanten Schulhof-Sanierungen in Lunden und Hennstedt bereits in Angriff genommen und jeweils 5000 Euro vom Amt eingeleistet wurden.

„Dabei haben wir noch gar nichts beschlossen“, sagte der Vorsitzende Klaus-Willi Hinrichs während der Sitzung. „Es ist wohl so verstanden worden, dass wir grünes Licht gegeben haben, aber das haben wir nicht.“ Kämmerer Fred Johannsen berichtete, dass bereits die ersten Rechnungen eingegangen sind.

Wie Dieter Beuse, Leiter der Lundener Regionalschule, auf Nachfrage erzählt, sei ihm und seinem Kollegen von der Hennstedter Gemeinschaftsschule, Reinhard Vogt, während der vergangenen Bauausschuss-Sitzung zugesagt worden, dass sie die Gelder für die Sanierung erhalten. Daraufhin hätten sie mit den Projekten begonnen und Materialien gekauft.

Doch davon wollte nun niemand mehr etwas wissen. Allein Kayen Witthohn aus Hemme erinnerte sich: „Ich hatte das beim letzten Mal so verstanden, dass wir grünes Licht gegeben haben, weil die Maßnahmen kurz bevorstanden.“ Hans-Werner Urbrock aus Barkenholm meinte hingegen: „Aber da waren nicht die Schulhof-sachen mit einbegriffen, sondern nur die dringenden Bau-maßnahmen in den Gebäuden.“



Mit Eifer gestalten die Lundener Schüler vor den Sommerferien ihren Schulhof neu. Doch die für das Material und Arbeitsgeräte eingeplanten 5000 Euro vom Amt sind noch nicht bewilligt.
Foto: Hamann

Amtsvorsteher Klaus-Dieter Holm sagte: „Wir wollen die Schulen ja zukunftsfähig und wettbewerbsfähig halten. Und bei den Projekten helfen viele Eltern, Lehrer und Schüler ehrenamtlich mit. Das müssen wir unterstützen. Wir müssen das

aber Stück für Stück angehen. Es kann nicht angehen, dass etwas angefangen wird, was nicht abgesegnet ist.“

Damit es in Zukunft nicht mehr zu solchen Verwirrungen kommt, haben sich alle Ausschussvorsitzenden und der

Amtsvorsteher intern beraten. Künftig soll allein „die Zentrale“ (also der Amtsvorsteher oder der leitende Verwaltungsbeamte) an die Schulen, Feuerwehr oder Vereine mitteilen, welche Maßnahmen beschlossen wurden.